

Soziale Politik?



**„Das geht
besser.“**

Aber nicht von allein! **DGB**

Rente mit 67, Gesundheitsreform, Steuererhöhungen für Beschäftigte und Verbraucher, Verschärfung von Hartz IV, Einschränkung von Arbeitnehmerrechten:

Die Pläne der Großen Koalition sind sozial ungerecht.

Die Gewerkschaften rufen zum Protest auf: Gegen Sozialabbau und für solidarische Alternativen!

**Demonstrationen
am 21. Oktober 2006**

Berlin, Dortmund, München, Stuttgart und Frankfurt/M.



Unsere Alternativen:

- ▶ **Eine gute Gesundheitsversorgung für alle.** Wir wollen eine Bürgerversicherung – solidarisch und gerecht finanziert.
- ▶ **Flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65** statt Rente mit 67. Beschäftigungsbrücke zwischen Alt und Jung. Mehr Ausbildungsplätze. Wer nicht ausbildet, muss zahlen.
- ▶ **Einkommen, die zum Leben reichen.** Dazu gehören Mindestlöhne von mindestens 7,50 Euro. Arbeitslose dürfen nicht gezwungen werden, für Dumpinglöhne zu arbeiten.
- ▶ **Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz.** Keine Einschränkung von Mitbestimmung und Kündigungsschutz.
- ▶ **Gerechte Steuerpolitik.** Reiche müssen wieder Steuern zahlen. Keine Steuergeschenke für Unternehmen und keine höheren Belastungen für Beschäftigte und Verbraucher.

Demonstration am 21. Oktober 2006:

11.00 Uhr vor dem Roten Rathaus, Spandauer Straße, Berlin-Mitte.

Treffpunkt: Am roten IG Metall-Bus!

Kundgebung:

13.00 Uhr vor dem Brandenburger Tor, Straße des 17. Juni.





AUFRUF ZUR DEMONSTRATION

Demonstration:

11.00 Uhr - Rotes Rathaus

Kundgebung:

13.00 Uhr - Brandenburger Tor

Für die soziale Erneuerung Deutschlands.

Deutschland sozial gestalten! Das war die Forderung der Gewerkschaften an die Parteien im Bundestagswahlkampf. Das ist und bleibt der Maßstab für die Bewertung der Arbeit der Großen Koalition. Doch vieles was die Regierung auf den Weg gebracht oder angekündigt hat, löst die Probleme nicht, sondern verschärft sie sogar.

Was ist geplant?

- Mit dem **Gesundheitsfonds** drohen den Versicherten weniger Leistungen, höhere Beiträge und Kopfpauschalen. Die Privatversicherungen sollen fein raus bleiben.
- **Nullrunden** für die Rentnerinnen und Rentner. Weitere **Renten Kürzungen** durch die Rente mit 67.
- Immer mehr **Druck auf Arbeitslose**. Weitere Kürzungen sind nicht ausgeschlossen, Arbeitsplätze aber nicht in Sicht.
- Es fehlen zehntausende von **Ausbildungsplätzen**. Nicht einmal ein Viertel der Betriebe bildet aus. Der Ausbildungspakt von Arbeitgebern und Bundesregierung hilft nicht weiter.
- Der **Kündigungsschutz** ist in Gefahr. Die Arbeitgeberverbände wollen die **Mitbestimmung** verschlechtern.
- Die **Mehrwertsteuererhöhung** macht das Leben der Menschen teurer. Gleichzeitig soll es neue **Steuergeschenke für Unternehmen** geben.

So kann es nicht weitergehen. Wir müssen gegensteuern. Wir fordern eine Politik für eine soziale Erneuerung. Eine Politik, die Sicherheit, Perspektiven und Vertrauen schafft.

Unsere Alternativen

- Wir wollen **Gesundheit für alle** Bürgerinnen und Bürger solidarisch und gerecht finanzieren – und keine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Wartezimmern und bei der Behandlung.
- Wir wollen mehr **Arbeit für Jung und Alt** und eine auskömmliche gesetzliche **Altersrente für alle** – und keine Rente mit 67.
- Wir wollen **Löhne und Gehälter, die zum Leben reichen**. Dazu gehören **Mindestlöhne** nicht unter 7,50 Euro – Arbeit darf nicht arm machen.
- Wir wollen **mehr Ausbildung**. Firmen, die nicht selbst ausbilden, müssen durch eine Umlage an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Außerdem wollen wir ein Sofortprogramm für 50.000 zusätzliche Ausbildungsangebote.
- Wir wollen, dass **Arbeitslose nicht verarmen** und zu Lohndumping gezwungen werden.
- Wir wollen **Schutz vor Willkür am Arbeitsplatz** und **mehr Mitbestimmung** in den Unternehmen – und keine Einschränkung von Arbeitnehmerrechten.
- Wir wollen eine **Steuerpolitik**, die die Binnenkonjunktur stärkt und die **Kapitalgesellschaften fordert** – aber keine Mehrwertsteuererhöhung und weitere Geschenke für Konzerne.

